

# Die Gewerkschaftsstaffenräuber entlarvt

Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß auf zentrale Anweisung die sozialdemokratischen Funktionäre in den Betrieben, vor allem aber in den Gewerkschaften, die Tatsache der Ueberweisung von einer Million Reichsmark-Geld für den Wahlfonds der SPD ableugnen. Wir haben uns daher die Originalnummer 33 des Jahrganges 9 der „Freien Gewerkschaft“, offizielles Mitteilungsblatt, Ortsausgang Großhamburg, von der Beilage des „Hamburger Echo“ vom Mittwoch, dem 13. August 1930, besorgt und lassen den Kopf dieser Nummer sowie die fragliche Notiz mit der Überschrift „Eine Million für den Wahlfonds“ nachstehend in Kopie folgen:

## Die freie Gewerkschaft

Offizielles Mitteilungsblatt der SPD, Ortsausgang Großhamburg

Verlag: ...

### Wer hilft der Reaktion?

...

## Gewerkschaftliche Rundschau

### Ausschluß der Kommunisten und Nationalsozialisten aus den behördlichen Jugendpflege-Organisationen

Der preussische Minister für Volkswohlfahrt sagt in einem Erlaß vom 22. Mai 1930:

Im Einvernehmen mit dem Herrn preussischen Minister des Innern bestimme ich unter Bezugnahme auf meinen Rundschreiben vom 18. August 1927, daß den kommunistischen und nationalsozialistischen Jugendorganisationen die Aufnahme in die Bezirks-, Kreis- und Ortsämter für Jugendpflege zu verweigert ist, gegebenenfalls ist ihr Ausschluß zu veranlassen.

Damit wird endlich der seit Jahren von uns vertretenen Forderung entsprochen und dem grotesken Zustand ein Ende gemacht, daß der Staat an Organisationen Geld gab, die ihn und seine Vertreter ständig in den Dreck treten und ihn gewaltsam zerbrechen wollten. Daß bei beiden Gruppen der Wille zu einem friedlichen Verhältnis zu den übrigen Organisationen fehlt, hat ihre Tätigkeit ebenfalls zum Ueberflus bewiesen.

### Eine Million für den Wahlfonds

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat dem Wahlfonds der Sozialdemokratischen Partei eine Million Reichsmark überwiesen. Er hat damit der Erwartung der Gewerkschaftsmitglieder entsprochen.

Ohne Reaktion ist kein erfolgreicher Wahlkampf zu führen. Deswegen stellen ja auch Bank-, Industrie- und Handelskapital den bürgerlichen Parteien zur Bekämpfung der Arbeiterschaft ungeheure Summen zur Verfügung, trotzdem sie angeblich notleidend sind. Die Gewerkschaften, auch die bürgerlichen, müssen das ihrige tun. Es geht bei diesem Kampf um soziale und wirtschaftliche Grundforderungen der Gewerkschaften!

Halte den sozialdemokratischen Bürgern in Betrieb und Gewerkschaften dieses Dokument des Verbrechens der SPD-Inszenierung unter die Nase!

Es gibt nur eine Antwort auf den frechen Klassenraub der SPD-Bonzen:

**Gebt für den Wahlfonds der KPD! Zeichnet einen Stundenlohn!**

# An alle Arbeiter der Industrie-Gruppe Bau!

Die Lage der Arbeiterschaft, insbesondere der Bauarbeiter, verschlechtert sich immer mehr.

50 Prozent unserer Kollegen liegen im Hochsommer auf der Straße

Ein großer Teil von ihnen muß sich mit den Bettelstempeln der Fürsorge abfinden. Brachte uns als Saisonarbeiter die Verordnung des Sozialdemokraten Bissell schon einschneidende Verschlechterungen, so werden unsere Lebensbedingungen durch die Notverordnung, die heute mit dem Diktaturartikel 48 durchgeführt wird, weiter verschlechtert.

### Was machen die baugewerkschaftlichen Verbände dagegen?

Die Gewerkschaftszeitung „Der Zimmerer“ schrieb vor kurzem:

„Wehe der Arbeiterklasse, wenn sie sich nicht in den Gewerkschaften jenes Volkswort geschaffen hätte, das dem Ansturm der sozialen Reaktion gewachsen wäre!“

Wo ist der Kampf dieses Volkswortes gegen die soziale Reaktion?

Im Gegenteil! Im Interesse der kapitalistischen Republik waren die sozialfaschistischen Gewerkschaftsführer jederzeit bereit, hinzuhelfen an der Beseitigung sogenannter „Mißstände“. Die Reformisten befähigen die Arbeiter durch ihre wortradikalsten „Proteste“ gegen den Abbau der Krankenversicherung,

denn bereits Bissell und sein Parteigenosse Helmut Lehmann vom Hauptvorstand der Deutschen Krankenkassen lehnten sich während der Regierungszeit Hermann Müllers eifrig für einen Abbau der Krankenversicherung ein!

Trotzdem hat „Der Zimmerer“ noch die Stirn, zu schreiben:

„Will die Arbeiterschaft ihre sozialpolitischen Interessen wahren und verteidigen, dann muß sie in breiter Front zur Sozialdemokratie stoßen.“

Die Bauarbeiter haben aber bereits erkannt, daß das Gebot der Sozialpolitik, an dem die SPD „nicht rütteln“ läßt, gerade mit Hilfe der sozialfaschistischen Führer zusammengesetzt ist. Zu solchen „Führern“ kann die Arbeiterschaft kein Vertrauen mehr haben, sie wird auch am 14. September auf diesen Verrat reagieren mit ihrer Stimmenabgabe für die Liste 4, für den Sieg des Kommunismus!

### 1 Million Reichsmark Gewerkschaftsgelder,

Wahlkampfbeträge, die dem Kampf um bessere Lebensverhältnisse dienen sollen, verschleuderte der ADGB und schenkte sie der Sozialdemokratischen Partei zur Finanzierung ihrer Wahllügen-„Kampfabende“. Aber revolutionäre Arbeiter, die in den Verbänden den Gedanken des Klassenkampfes noch hochhalten, werden distanzieren aus den Gewerkschaften herausgeschmissen.

Geht diesen Verrätern die richtige Antwort, stellt euch gescheit hinter die revolutionäre Gewerkschaftsopposition. Beschließt den kollektiven Anschluß an die KPD! Nur sie allein wird den Kampf führen gegen Lohnraub und Massenverelendung zur Beseitigung dieser bankrotten Gesellschaftsordnung, für ein freies sozialistisches Deutschland.

Aus Furcht vor der Mitgliedschaft wagen es die Reformisten nicht eine Versammlung stattfinden zu lassen. Die

Revolutionäre Bauarbeiteropposition ruft euch daher auf, alle an der am

**Donnerstag, dem 11. September, 18 Uhr, in den Annenfülen, Dresden-N., Fischhofplatz**

stattfindenden

### Vollversammlung

teilzunehmen.

Referent: Kollege Schill, Berlin.

Revolutionäre Gewerkschaftsopposition Industrie-Gruppe Bau.

### Ausschneiden!

# Forderungen der Erwerbslosen

Heute, am 10. September, dem Tag der Erwerbslosen, demonstrieren Arbeitslose und Betriebsarbeiter für folgende Forderungen:

### a) Arbeitsbeschaffung:

1. Bereitstellung von ausreichenden Mitteln für den Bau von Arbeiterwohnungen, Schulen, Krankenhäusern, Verkehrswegen usw.
2. Obligatorische Meldung aller freiwerdenden Arbeitsplätze durch die privaten und öffentlichen Unternehmer bei den zuständigen Arbeitsämtern.
3. Besehung aller offenen Arbeitsplätze durch die Arbeitsämter unter Kontrolle der Erwerbslosenausschüsse.
4. Vermittlung der Erwerbslosen in offene Arbeitsstellen für jeden Beruf in der Reihenfolge, wie die Arbeitslosmeldung erfolgte.
5. Beseitigung der Wohlfahrts-, Fürsorge-, Pflicht- und Notstandsarbeit, Arbeitsvermittlung nur zu den für die Arbeit gültigen Tarifbedingungen.
6. Verbot jeder Heberarbeit.
7. Siebenstundentag für alle erwachsenen Arbeiter, sechsstündige Arbeitszeit in allen Betrieben mit besonderen Gefahren für die Gesundheit und Leben der Arbeiter und im Bergbau unter Tage. Sechstündige Arbeitszeit für Jugendliche unter 18 Jahren.

### b) Wir fordern Lohnerhöhung:

1. Voller Lohnausgleich bei Verkürzung der Arbeitszeit.
2. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

### c) Erwerbslosenversorgung:

1. Beseitigung der Beiträge der Versicherten, Aufbringung der Mittel durch die Unternehmer im Umlageverfahren.
2. Beseitigung aller Karenzzeiten und Sperrzeiten sowie der Bedürftigkeitsprüfung, Fortfall der Unterstützungsklassen I—7.
3. Zahlung der Unterstützung an alle Arbeitslosen für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit, beginnend mit der Unterstützungsklasse VIII.
4. Verbleib der Erwerbslosen und Ausgesteuerten in der bisherigen Stufe der Krankentafeln- und Sozialversicherung und Zahlung der vollen Pflichtbeiträge seitens der Unterstützungsträger.
5. Lieferung von Milch an die Kinder der Erwerbslosen, sowie von verbilligten Lebensmitteln an die Arbeitslosen durch die Gemeinden unter der Kontrolle der Erwerbslosenausschüsse.
6. Lieferung von Strom und Gas auf Kosten der Gemeinden und kostenlose Benutzung der Verkehrsmittel.
7. Uebernahme der Mietzahlung durch die Kommune und generelle Befreiung von der Hauszinssteuer und allen Gemeindeabgaben.

Arbeitslose, Betriebsarbeiter, Werkstätige! Kämpft mit der Kommunistischen Partei für diese Arbeitslosenforderungen! Unterzeichnet diese Forderungen auch am 14. September, indem ihr geschlossen

**für die Liste 4 stimmt!**

### Greift in den Betrieben an

Die letzten Tage des Wahlkampfes stehen vor uns. Mit ungeheurer Wucht hat das Proletariat die Verleumdungsoffensive der bürgerlichen Parteien, insbesondere der mit Arbeiterblut beludelten sozialfaschistischen SPD, zurückgeschlagen. Das Klassenbewusste Proletariat steht zur Kommunistischen Partei. Nun gilt es, weiter vorzustoßen. Der Angriff, der mit Elan begonnen, muß in den Betrieben zur wuchtigen Offensive der Arbeitermassen führen. Dort in den Betrieben, wo die Ausbeuter aus den Knochen der Proleten die Profite schinden, auf den Stempelstellen, wo die Opfer der Rationalisierung einen erbitterten Kampf gegen den Raub der Unterstützung führen, gilt es nunmehr, die letzte Schlacht zu schlagen.

In den letzten Tagen muß die rote Offensive in den Betrieben für den Sieg der Kommunistischen Partei mit ganzer Wucht einleiten.

In allen Orten, in allen Betrieben, selbst in der kleinsten Wertstätte, auf den Büros, müssen die Werktätigen Stellung nehmen und alle Kräfte mobilisieren für den Sieg der Liste 4.

Der Wahlkampf bedeutet für das Klassenbewusste Proletariat eine Möglichkeit, der Steigerung und Zusammenfassung seiner revolutionären Kräfte im Kampf um Macht und Brot der Arbeiterklasse, zum Kampf gegen die Young-Slavery, gegen den Lohnraub, gegen den Abbau der Sozialversicherung, gegen den Zoll- und Steuerwucher. Unter Führung der Kommunistischen Partei gilt es, die rote Klassenfront zu schaffen zur Befreiung des Proletariats vom kapitalistischen Joch, für ein Sowjetdeutschland!

Darum rote Offensive in den Betrieben! Darum Belegschaftsversammlungen, darum Erwerbslosenversammlungen.

Alle Mann an Bord! Es gilt, den Ausbeuterparteien und der Partei des Sozialfaschismus einen entscheidenden Schlag zu verpassen.

### Die Kaff- und Ziegelträger wählen Liste 4

Keine Stimme der SPD, der Partei des Arbeiterverrats!

Die am 4.9.1930 tagende Versammlung der Kaff- und Ziegelträger in Dresden in den Annenfülen war von 48 Mann besucht und nahm den Bericht vom KGD-Kongress entgegen. Sie beauftragte durch die Annahme einer Resolution einmütig ihren Kampfwillen für die Forderungen der KGD. Im Hauptreferat zeigte Genosse Breitenborn, Leipzig, welchen Weg wir zur kommenden Reichstagswahl zu gehen haben. Er forderte die anwesenden Kollegen auf, sich auf Grund des Verrats der Bürokraten geschlossen in die Kampffront der einzigen Arbeiterpartei, der KPD, einzureihen, um durch ein geschlossenes Auftreten den faschistischen Gefahren wirksam entgegenzutreten zu können. Der Referent zeigte klar und deutlich die immer weiter um sich greifende Verelendung der Arbeiter und des Mittelstandes und brachte zum Ausdruck, daß der Kampf nur auf der Straße ausgefochten werden kann. Nur die Errichtung eines Sowjetdeutschland macht es möglich, der Arbeiterschaft die Befreiung von der Verelendung zu bringen. Darum soll am 14. September es feiner veräumen, zur Wahl zu gehen und seine Stimme der Liste 4 zu geben. Durch einen einstimmigen Beschluß beauftragten die Anwesenden, den gegebenen Aufforderungen Folge zu leisten.

### Resolution

Die am 4.9.1930 stattgefundene Versammlung der Kaff- und Ziegelträger nahm den Bericht vom KGD-Kongress entgegen und stellt sich einmütig hinter die Beschlüsse des KGD-Kongresses. Auch verpflichten sich die Ziegelträger, sich voll und ganz für den Sieg der KPD, Liste 4, bei der Reichstagswahl am 14. September einzusetzen. (NR 1979)

Achtung, Adressenänderung des Bezirkskomitees der KGD! Das Bezirkskomitee der KGD befindet sich jetzt in Dresden-N., Rosenstraße 100. Alle Zuschriften sind an diese Adresse zu richten.

### An den Stempelstellen verteilen!